



Dr. Stefan Kaufmann

10/2014
10.06.2014

Brief aus Berlin

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

wer sich in den letzten Wochen das eine oder andere mal gefragt hat, warum die SPD bei der Umsetzung ihrer zentralen Wahlversprechen solch ein Tempo an den Tag legt – und dabei eventuell auf die Idee kam, dass sich die Genossen bald schon in eine Rot-Grün-Dunkelrote Koalition verabschieden wollen, kann sich angesichts der Tumulte in der Debatte zur Regierungserklärung der Kanzlerin beruhigt zurücklehnen: die genannten Parteien trennen derzeit (im übrigen nicht nur außenpolitisch) Welten.

Ansonsten beschäftigt mich derzeit vor allem die Frage, wie wir mit dem Wahlergebnis der AfD umgehen. Ich bin mit Angela Merkel, Volker Kauder, Thomas Strobl und vielen anderen sehr dafür, dass wir keinerlei Koalitionen mit der AfD eingehen - aber uns sehr genau ansehen, was die Wähler (auch unsere) dazu gebracht hat, bei dieser Partei ihr Kreuz zu machen. Diese Menschen dürfen wir nicht ausgrenzen; wir müssen sie ernst nehmen. Ernst nehmen müssen wir aber auch, dass sich die Union weiterhin (und schon vor dem Erstarken der AfD) in einem urbanen Umfeld schwer tut – übrigens in vielen Groß- und Universitätsstädten deutlich schwerer als in Stuttgart. Das Aufkommen rechtspopulistischer Positionen darf den Kurs der Öffnung und Modernisierung daher nicht in Frage stellen. Vor Diskussionen über programmatische Konsequenzen steht eine saubere Analyse.

Es begrüßt Sie herzlich

Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494

Fax: 030/227-76228

www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:

stefan.kaufmann@bundestag.de

Außenpolitische Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

Berlin – Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Mittwoch, 4. Juni, eine außenpolitische Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag abgegeben. In ihrer Regierungserklärung konstatierte die Kanzlerin eine ermutigende Weltkonjunktur, wies aber auch darauf hin, dass die Lehren aus der verheerenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 weiter zu ziehen sind. Hier liegt

noch viel Arbeit vor uns. Darüber hinaus gab Angela Merkel einen Ausblick auf den G7-Gipfel am 4. und 5. Juni in Brüssel und benannte hier die strenge Regulierung von Schattenbanken, den Abschluss der Doha-Welthandelsrunde, einen erfolgreichen Weltklimagipfel in Paris Ende 2015 sowie die Fortschreibung der UN-Millenniumsentwicklungsziele nach 2015 als wichtige Themen. Mit Blick auf das Format des Brüsseler Gipfels merkte die Kanzlerin an, dass dies erstmals nach 16 Jahren wieder ein G7-Gipfel sei. Die Ausladung des bisherigen G8-Mitgliedstaates Russland bezeichnete Angela Merkel angesichts des russischen Vorgehens auf der Krim als „unumgänglich“. Die G7 seien nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Wer-

tegemeinschaft. Mit Blick auf die Situation in der Ukraine bekräftigte die Bundeskanzlerin, dass das Selbstbestimmungsrecht und



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel während ihrer Regierungserklärung im Plenum des Bundestages. © CDU/CSU-Fraktion, Tobias Koch

die territoriale Integrität der Ukraine nicht zur Disposition stünden. Russland rief sie dazu auf, zu einer Stabilisierung der Situation im Osten der Ukraine beizutragen. Die Wahl des künftigen Präsidenten Petro Poroschenko und die von ihm angekündigten Reformen begrüßte Angela Merkel. In der Ukraine-Krise verfolgt die Bundesregierung von Beginn an eine „Politik des Dreiklangs“ – bestehend aus einer gezielten Unterstützung der Ukraine, einem unablässigen Bemühen um eine diplomatische Lösung im Dialog mit Russland sowie möglichen weiteren Sanktionen.

In ihrer Regierungserklärung ging die Bundeskanzlerin auch auf die anstehende Nominierung eines Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kom-

mission im Nachgang zur Europawahl ein. Im zweiten Halbjahr muss der Europäische Rat dem Europäischen Parlament einen

Kandidaten zur Wahl vorschlagen. Angela Merkel stellte sich klar hinter Jean-Claude Juncker, den Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei (EVP). Mit beinahe 30 Prozent der europaweiten Stimmen hat die EVP die Europawahlen gewonnen und kann damit den Anspruch erheben, den Kommissionspräsidenten zu stellen. Zu den britischen

Vorbehalten äußerte die Kanzlerin, dass die Vorbehalte ernst genommen werden sollten und kritisierte, „mit welcher Lockerheit manche darüber sprechen, dass es eigentlich gleichgültig sei, ob Großbritannien nun zustimme oder nicht, mehr noch, ob Großbritannien Mitglied der Europäischen Union bleibe oder nicht“. Zu einem Eklat in der Aussprache zur Regierungserklärung kam es, als die Linken-Abgeordnete Sevim Dağdelen der Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Göring-Eckart, das Brecht-Zitat „Wer die Wahrheit nicht weiß, ist bloß ein Dummkopf. Aber wer die Wahrheit kennt und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.“ vorhielt. Diese Äußerung sorgte fraktionsübergreifend für Empörung.

Bundeskanzlerin Merkel auch 2014 „Einflussreichste Frau der Welt.“

Die deutsche Bundeskanzlerin ist aus Sicht der US-Magazine „Time“ und „Forbes“ die mächtigste und einflussreichste Frau der Welt. „Forbes“ erkannte ihr den Titel seit 2006 jährlich zu – mit Ausnahme des Jahres 2010, als sie nur den vierten Rang belegte. Als erster Frau überhaupt verlieh ihr das Magazin 2012 nach US-Präsident Barack Obama den zweiten Rang unter den einflussreichsten Personen der Welt. Gelobt wird sie für ihre Leistung für den Zusammenhalt und das Erstarken der Wirtschaft in der Europäischen Union, ihre Leistungsbereitschaft und hohe Arbeitsmoral – aber auch ihre Orientierung an Konsens und Kompromiss, die die Interessen aller Partner berücksichtigt. **Quellen: Time, Forbes**

Innovationspolitische Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag



Mit dem Leiter des KAS-Auslandsbüros Prag, Dr. Werner Böhler, Vizepremierminister Pavel Bělobrádek und dem Leiter des KAS-Auslandsbüros Ungarn, Frank Spengler (von links).

Prag – Unter der Überschrift „Wissenschaft und Wirtschaft als Motor der Innovationen – Best Practices aus den mittel- und osteuropäischen Ländern“ stand eine zweitägige Veranstaltung in Prag, an der ich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung



Im Gespräch mit Veranstaltungsteilnehmern.

am 28. und 29. Mai teilgenommen habe. In einer geschlossenen Experten-Debatte habe ich ein Impulsreferat zum Thema „Innovative Strategien zur Heranbildung des Humankapitals“ gehalten. Bemerkenswert und erfreulich fand ich, wie positiv die Rolle Deutschlands im Bereich von Forschung, Entwicklung und Innovation wahrgenommen wird.

Dies klang in meinen zahlreichen Gesprächen mit verschiedenen Ansprechpartnern aus den sogenannten Visegrád-Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei) immer wieder klar heraus. Insbesondere die deutsche High-tech-Strategie, die Forschungsunion, die Exzellenzinitiative, der Hochschulpakt und der Pakt für Forschung und Innovation sowie unser bewährtes Modell der dualen beruflichen Ausbildung und unsere Dualen Hochschulen genießen großes Ansehen und stoßen auf reges Interesse.

An der hochkarätig besetzten Veranstaltung haben unter anderen der tschechische Vizepremierminister für Wissenschaft, Forschung und Innovation, Pavel Bělobrádek, zahlreiche Abgeordnete und Staatssekretäre aus den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie Dr. Jürgen Rüttgers, ehemals Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, sowie mein Kollege Dr. Philipp Lengsfeld teilgenommen.

Mehr Informationen zur Tagung finden Sie auf den Internetseiten der Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem nachstehenden Link: <http://bit.ly/ThccNO>

CDU Stuttgart in den Stadtbezirken gestärkt

Stuttgart – Der Wahlsieg der CDU Stuttgart bei der Gemeinderatswahl hat auch Auswirkungen auf die neue Zusammensetzung der Bezirksbeiräte in den Stadtbezirken. Wie im Gemeinderat konnte die CDU auch in den Stadtbezirken dazugewinnen. Mit insgesamt 89 Bezirksbeiräten (2009: 84) hat die CDU auch hier deutlich zugelegt und kann die Grünen weit hinter sich lassen, die nur noch auf 72 Bezirksbeiräte kommen (2009: 83). Insbesondere in den Innenstadtbezirken verlieren die Grünen deutlich und stellen nur noch 22 statt 30 Bezirksbeiräte, während die CDU leicht zulegen kann und nunmehr 18 Beiräte stellt (2009: 17). Bezirksbeiräte leisten eine wichtige Arbeit in der Stadtpolitik, auch wenn es sich formal nur um beratende Gremien handelt. Insbesondere in Zusammenarbeit mit der Ge-

**CDU
BESSER FÜR
STUTTGART**

meinderatsfraktion der CDU konnte in der Vergangenheit sehr viel für den jeweiligen Stadtbezirk bewegt werden. Andererseits ist auch die Gemeinderatsfraktion auf die Expertise der Bezirksbeiräte vor Ort angewiesen. In den Beiräten stehen Sachfragen im Vordergrund, viele Beschlüsse werden parteiübergreifend getroffen. Bezirksbeiräte sind aber auch wichtige Repräsentanten unserer CDU bei Vereinen, Institutionen und nicht zuletzt aller Bürgerinnen und Bürger im jeweiligen Stadtbezirk. Ich bin überzeugt davon, dass die jeweiligen Bezirksgruppen wieder geeignete und im jeweiligen Stadtbezirk verwurzelte Vertreter und Vertreterinnen aufstellen.

Mehr über die künftige Zusammensetzung der Bezirksbeiräte erfahren Sie hier: <http://bit.ly/1hfogtM>

Teilnahme am 99. Deutschen Katholikentag



Regensburg – Sehr gerne habe ich am 99. Deutschen Katholikentag in Regensburg teilgenommen. Unter Leitung des bekannten Münchener Originals Pfarrer Rainer Maria Schießler (2. von links) haben wir im Erzählcafé zum Thema „Wo bietet Kirche Heimat für homosexuelle Männer?“ diskutiert - unter anderem mit dem bischöflichen Beauftragten für homosexuelle Menschen und ihre Angehörigen im Bistum Aachen, Christoph Simonsen (links), und Markus Gutfleisch von der Ökumenischen Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (rechts).

Schon die Tatsache, dass diese Veranstaltung im offiziellen Katholikentags-Programm im Bistum Regensburg stattfinden konnte war ein Signal. Als durchaus überzeugter Katholik habe ich dafür geworben, dass Schwule auch in der Kirche Gesicht zeigen. Einige ermutigende Beispiele für die noch Zögernden kamen aus den Reihen der anwesenden Gäste. Inhaltlich ging es vor allem um die Frage kirchlicher Segnungsfeiern für Lebenspartner und die Stellung von Schwulen und eingetragenen Lebenspartnern im kirchlichen Dienst.